

in dieser dunklen Denk- und Denker-Masse ist für *Hochkeppel* John L. Mackies Religionskritik – doch Mackie ist seit bald 15 Jahren tot. So müssen wir wohl alle Hoffnung fahren lassen.

„Die Philosophie aber, in der freien Übersetzung von ‚grundsätzlichem Denken‘, zeigt sich dem Beobachter am Ende dieses Jahrtausends gleichsam wie in ihren eigenen Netzen versnickt und in ihren übermenschlichen Anstrengungen als das stehende Zittern einer ‚Götterspeise‘... Weniger dem Nüsseknacken, als dem Zwiebel-schälen ähnelt das Philosophieren dieser Zeit: Schale auf Schale wird abgezogen, aber nirgends kommt ein Kern.“ Daß einem dabei die Tränen kommen, ist vielleicht die letzte Wahrheit.

Martina Ullrich

***Georg Vobruba, Gemeinschaft ohne Moral. Theorie und Empirie moralfreier Gemeinschaftskonstruktionen.* Passagen Verlag, Wien 1994, 228 S.**

Der Titel des neuesten Buches von *Georg Vobruba* klingt verheißungsvoll, scheint er sich doch gegen den Trend zur Moralisierung der Gesellschaftsanalyse in prominenten

Teilen der handlungstheoretisch ausgerichteten Soziologie zu wenden. Vor allem die sozialphilosophisch und kommunikationstheoretisch erneuerte Kritische Theorie um Jürgen Habermas hat der Soziologie nachdrücklich ins Stammbuch geschrieben, daß die Entwicklung und das Verständnis moderner Gesellschaften vor allem über die zentrale Dimension der (post-traditionalen) Moral einsichtig zu machen sei. Und diese Dimension sei wiederum nur über eine vorab gebildete normative Beurteilungsbasis aufzuschlüsseln. Prozesse der Vergemeinschaftung und der Vergesellschaftung müßten deshalb unter normativ begründeten Prämissen rekonstruiert werden. Diese soziophilosophische Strategie macht das Geschäft der Soziologie riskant: Die Gesellschaftsanalyse steht damit nämlich vor der Unsicherheit, auf bezweifel- und revidierbaren normativen Urteilen zu beruhen.

Zum Glück beugen sich *Vobruba*s Studien nicht diesem Verdikt. Sie nehmen vielmehr die Einsicht auf, daß moralische Regulative ihre Grenzen haben. Die moralisierende Leugnung dieser Grenze legt wichtige Erkenntnismöglichkeiten vorschnell aus der Hand. Diese Gefahr besteht vor allem auch dann, wenn man angesichts moderner gesellschaftlicher Steuerungsprobleme an das Ordnungsmodell der Gemeinschaft appelliert. In die-

sem Sinne legt *Vobruba* seine Ausgangsthese vor: „Wer vorschlägt, Probleme in der Gesellschaft im Geiste der Gemeinschaft zu lösen, spekuliert mit Moral-Beständen, die nicht oder nur noch um den Preis kollektiver Regression politisch mobilisierbar sind“ (S. 13). Diese These wird entlang der folgenden Untersuchungsfragen überprüft: „In welcher Weise läßt sich nach dem Ende traditionaler Weltbilder und der damit einhergehenden Freisetzung von Interessenverfolgung, ‚Gemeinschaft‘ noch denken? Und welche Probleme ergeben sich..., wenn modernen Gesellschaften die Gemeinschaftsidee aufgepfropft wird? Was folgt aus neuen Mustern der Verknüpfung von Interessen und Gemeinschaft: aus dem Einsatz von ‚Gemeinschaftsrhetorik‘ in Interessenkonflikten einerseits, aus der Integration von ‚Gemeinschaftsanforderungen‘ in individuelle Interessenkalküle andererseits?“ (ebenda).

In dem Band finden sich neben Originalbeiträgen einige bereits andernorts veröffentlichte Texte, die überarbeitet und zum Teil stark erweitert wurden. Die theoretischen und empirischen Studien haben nicht durchgängig die Debatte um die Gemeinschaft als zentralen Bezugspunkt. Im ersten Kapitel wird die sozialwissenschaftliche und politische Relevanz der Gemeinschaftsproblematik erörtert, vorzugsweise in Auseinandersetzung mit Tönnies. Dabei geht es vor al-

lem darum, „die Differenz von Gemeinschaft und Gesellschaft als Struktur-Differenz zu rekonstruieren“ (S. 18). Diese Struktur-Differenz kommt in den Blick, indem die mit dem Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft verbundene Auflösung einer absolutistischen Logik des Weltbildes als Analysefolie herangezogen wird. Jenseits eines absolutistischen Begriffs von Gemeinschaft, die den ihre Interessen verfolgenden Subjekten vorgeordnet wird, stellt sich die Frage nach einem modernen Gemeinschaftsbegriff. Hier macht der Autor klar, was nicht mehr geht: Gemeinschaft als den Subjekten übergeordnete Quelle von Moral und als politischer Entwurf der Lösung gesellschaftlicher Probleme zu begreifen.

Die neuere Geschichte der Gemeinschaftsrhetorik angesichts gesellschaftlicher Krisen ist Gegenstand des zweiten Kapitels. Zum einen wird gezeigt, wie das Ordnungsmodell der Gemeinschaft als Reaktion auf gesellschaftliche Krisen eingesetzt wird, zum anderen, wie trotz eines steigenden Interesses an Systemerhaltung sich immer weniger Leute auf Gemeinschaftsorientierungen verpflichten lassen. In der Untersuchung kommen die Vorstellungen von Gemeinschaft in der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jhs., in der Jugendbewegung um die Jahrhundertwende, im Bild der Volksgemeinschaft zur Zeit des

Nationalsozialismus, in der nachfolgenden Zeit des Wirtschaftswachstums und in der Gegenwart zur Sprache. Dabei werden die vielfältigen und teilweise ambivalenten Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Krisen und den Möglichkeiten und Grenzen gemeinschaftlicher Krisenbewältigung vor dem Hintergrund der Interessenverfolgung der Gesellschaftsmitglieder nachgezeichnet. Allgemein läßt sich festhalten, daß auch die oppositionell gewendete Berufung auf Gemeinschaft vor der Gefahr steht, in reaktionäre Tendenzen abzugleiten. Gemeinschaft läßt sich von Interessenverfolgung nicht abkoppeln: Exakt hierin liegt die Grenze von Gemeinschaft als gesellschaftlicher Stabilitätsressource.

Im dritten Kapitel untersucht *Vobruba* die Prozesse der präventiven Verhinderung der Entstehung sozialpolitischer Probleme. Dabei wird die primäre Prävention auf der Ebene gesellschaftlicher Institutionen von der sekundären Prävention auf der Ebene subjektiver Anpassungsleistungen unterschieden. Der Zusammenhang mit dem Problembereich moralfreier Gesellschaftskonstruktionen ergibt sich aus der Tendenz des gesellschaftlichen Institutionensystems, unter dem Druck zunehmender Steuerungsprobleme sekundäre Prävention systematisch zu bevorzugen. So transportiert etwa die in Krisenzeiten so beliebte Rede von den

Sachzwängen die Imperative systematischer Stabilisierung in den Verantwortungsbereich der Subjekte. In Frage steht dann, was die Subjekte dazu anhalten kann, diese Verantwortung auch wahrzunehmen. Ausgehend von einem „instrumentellen Gesellschaftsbild“, das die Interdependenz der Interessen in der Gesellschaft bezeichnet, wird die Antwort entwickelt: Die Einsicht in diese wechselseitige Abhängigkeit begründet die Bereitschaft zur Selbstkontrolle für die Systemerhaltung, d.h. zur begrenzt eingeschränkten Interessenverfolgung. Diese Anpassungsleistung bleibt allerdings prekär und riskant und ist jederzeit aufkündbar.

Das vierte, gemeinsam mit *Gerrda Bohmann* verfaßte Kapitel behandelt die gesellschaftliche Krisenpolitik. Diese empirische Studie geht interessanterweise von einem wissenssoziologischen Krisenbegriff aus: Krisen sind demnach immer interpretierte Sachverhalte. Es geht also nicht lediglich um eine beobachtete Differenz zwischen dem Anspruch der Subjekte und gesellschaftlicher Anspruchserfüllung, sondern um Wahrnehmungen und Interpretationen der von dieser Differenz Betroffenen. Diese Interpretationen werden selbst zum Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Die Untersuchung vergleicht die historischen Voraussetzungen, den Verlauf und die Interpretationen der Krisen

1929ff. und 1974ff. in Österreich. Dabei zeigt sich nicht nur ein unterschiedliches Erscheinungsbild der Krisen – im einen Fall eine Krise der Produktion, im anderen Fall eine Krise der Verteilungsmechanismen –, sondern auch ein Wandel in der Kriseninterpretation: Die Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer werden von diesen selbst, aber auch von anderen zunehmend als funktionsrelevant interpretiert. Damit setzt sich eine zunehmend kooperative Kriseninterpretation durch.

Es folgt eine Untersuchung jener Bedingungen, unter denen Wirtschaftsverbände ihr Handeln auf „Gemeinwohl“ hin orientieren. Die Relevanz dieser Frage wird zunächst im Kontext der älteren und neueren Verbändediskussion verortet, um dann die inneren und äußeren Bedingungen der Gemeinwohlorientierung von Verbänden darzulegen. Im Innenverhältnis kommt es darauf an, die Interessen der Mitglieder so an den Verband zu koppeln, daß Widerspruch gegen gemeinwohlorientiertes Handeln unwahrscheinlicher bzw. aushaltbar wird. Aber es müssen externe Bedingungen hinzutreten, damit überhaupt eine Gemeinwohlorientierung eines Verbandes entsteht. Wirtschaftsverbände schränken begrenzt ihre Interessenverfolgung ein, wenn sie dafür als gemeinwohlorientiert angesehen werden. Das begründet die zentrale Rolle der

Öffentlichkeit. Daneben fordert auch der Staat gemeinwohlorientiertes Handeln ein. Bis hierhin arbeitet *Vobruba* mit einem sehr allgemeinen Begriff von Gemeinwohl als einem Ergebnis kollektiven Handelns. Dies wird mit dem Umstand begründet, daß in der modernen Gesellschaft kein privilegiertes Standort mehr existiert, von dem aus ein verbindlicher Begriff von Gemeinwohl gebildet werden könnte. Damit kommt einmal mehr eine wissenssoziologische Analysestrategie zum Tragen: Es geht dann um konkurrierende Interpretationen von Gemeinwohl, also dem Anspruch, im Interesse aller zu handeln. Diese Strategie öffnet den Blick für die Dynamik, mit der konfligierende Gemeinvorstellungen als Argumente in Interessenkonflikten eingesetzt werden.

Im Schlußkapitel analysiert *Vobruba* die Prozesse transnationaler Hilfe im Verhältnis zwischen Ost und West. Dabei handelt es sich um „eigennützige Hilfen“, die im unterschiedlichen Umfang von den westlichen Staaten geleistet und von den östlichen Staaten in Anspruch genommen werden. Die Selektivität dieser Hilfen soll auf der Geber- und Nehmerseite aufgezeigt werden. Diese Selektivität wird über die unterschiedlichen Interessenkonstellationen der Staaten und Möglichkeiten des Interessenausgleichs untersucht. Dabei wird deutlich, daß nicht alle

Probleme in gleicher Weise Interessenverflechtungen zwischen West und Ost entstehen lassen (in der Umweltproblematik etwa besteht aus westlicher Sicht eine besonders starke Interessenverflechtung). Der Geberstaat versucht die Hilfe so anzulegen, daß die Effekte im Nehmerstaat positive Rückwirkungen zeitigen. Die Nehmerstaaten versuchen die Hilfe auf interne Probleme zu lenken und gleichzeitig jene grenzüberschreitenden Probleme, die fremde Hilfen auslösen, auf Dauer zu stellen. Dies sind die Ausgangsbedingungen transnationaler Interessenausgleiche zwischen West und Ost.

Ein Buch, in dem ein Autor verschiedene Aufsätze versammelt, steht vor der Gefahr eines nicht durchgehend stringenten Zusammenhangs der Studien. Dieser Gefahr kann auch der vorliegende Band nicht ganz entgehen. Die Beziehungen der einzelnen Teile zum Thema moralfreier Gemeinschaftskonstruktionen hätte deutlicher expliziert werden können, auch wenn sie, wie der Autor hervorhebt, eher parallel dazu erarbeitet wurden. Das Rahmenthema selbst bietet viele reizvolle Anknüpfungspunkte, an denen es weiter ausgebaut werden könnte: Gerade die Bearbeitung der Frage nach einer posttraditionalen Gemeinschaft scheint lohnend und der genauere Ertrag der verschiedenen Studien in bezug auf diese Frage bedenkenswert zu sein. Gerade

zu diesem Punkt wünscht man sich eine weitere Untersuchung. Die theoretisch-empirischen Studien sind instruktiv, analytisch scharfsinnig und vor allem in ihrer wissenssoziologischen Ausrichtung überzeugend. Hervorzuheben ist, daß die Begriffe und Problemkonstellationen nicht nur aus theoretischen Debatten, sondern vor allem aus den unterschiedlichen Perspektiven der gesellschaftlichen Akteure heraus entwickelt werden: Diese Strategie sichert nicht nur einen theoretisch, sondern auch empirisch erhellenden Gehalt der Studien. Als Beitrag zu einer handlungstheoretischen, auf normative Prämissen verzichtenden und empirisch gehaltvollen Gesellschaftsanalyse ist dieser Band anregend und lesenswert.

Tilman Sutter